

Nach der Theorie, jenseits von Bologna, am Ende der Exzellenz? Perspektiven der Germanistik im 21. Jahrhundert

Forum C.2: Akademischer Kapitalismus

Statement

Remigius Bunia (Berlin)

Heute versteht man unter ›Kapitalismus‹ eine gesellschaftliche Ordnung, die davon ausgeht, ihre Leistungen nur dadurch optimieren zu können, dass alle Prozesse ›Marktprinzipien‹ gehorchen. Die radikale Befolgung dieser normativen Maxime wird als ›Neoliberalismus‹ bezeichnet. Sie richtet sich auf ein abstraktes Verwaltungskonzept. Der heutige Kapitalismus hat also faktisch sehr wenig mit Geld, Unternehmertum, Kapital oder auch nur Wirtschaft zu tun. In der Tat ist die Denkrichtung des ›Neoliberalismus‹ ein Kind der Universitäten und der wirtschafts- sowie verwaltungswissenschaftlichen Forschung seit den 1940er Jahren. Metonymisch steht die University of Chicago für diese einflussreiche Schule.

Es ist wichtig, diese Geschichte des jüngeren Kapitalismus zu kennen, um zu sehen, was nun ›akademischer Kapitalismus‹ heißt. In der öffentlichen Sphäre nämlich setzen sich die Chicagoer Ideen als New Public Management um. Dieses besteht nicht darin, dass privates Kapital zugelassen wird, sondern dass der Markt als ein Mechanismus verstanden wird, der optimale Information erzielt. Um Geld geht es im akademischen Kapitalismus daher nie. Der Siegeszug der Chicagoer Schule beginnt erst spät: in den 1980er Jahren. Die Implementierung der Verwaltungsverfahren nennen wir häufig sehr ungenau und irreführend ›Privatisierung‹. Die Deutsche Bahn AG beispielsweise ist nach wie vor ein reines Staatsunternehmen; es wird aber nach Prinzipien geführt, die zu den fernen Ausläufern der Chicagoer Schule zählen. Tatsächlich zeichnet Philip Mirowski, ein Kritiker des aktuellen akademischen Management-Regimes, nach, dass Unternehmen auf Forschung in Deutschland und den USA das ganze 20. Jahrhundert hindurch starken Einfluss übten – zumal bis 1980 selbstverständlich für die Unternehmen war, eigene Labors zu unterhalten.

Aus Adams Smiths unsichtbarer Hand ist im späten 20. Jahrhundert die deutliche Handschrift der Controlling-Abteilungen geworden. Dies ist auch einer der Gründe dafür, dass Kritiker von Seiten der Unternehmen das Chicagoer Regime mit Planwirtschaft

Dieser Text wurde verlesen als Statement auf dem Internationalen Colloquium »Perspektiven der Germanistik im 21. Jahrhundert«, das vom 4. bis 6. April 2013 im Schloss Herrenhausen in Hannover stattfand. Er bildete die Grundlage für eine Podiumsdiskussion zum Thema »Akademischer Kapitalismus« in der Sektion »Am Ende der Exzellenz – Wissenschaftsbetrieb«. Die Ergebnisse der Tagung – einschließlich Audiomitschnitten der Podiumsdiskussionen und Vorträge – sind in der Internetpublikation www.perspektiven-der-germanistik.de abrufbar. Sie wurde herausgegeben von Mark-Georg Dehrmann (Hannover) und Carsten Rohde (Karlsruhe).

Das Copyright für diesen Beitrag liegt bei dem Autor.

Veranstaltung und Publikation wurden gefördert von der VolkswagenStiftung Hannover.

vergleichen. Kennzahlen verheißen keine Freiheit. An den Hochschulen spielen zwar Gelder eine Rolle, aber es handelt sich fast ausnahmslos um öffentliche Gelder, und sie werden nur in lächerlichen Bruchteilen als Leistungszulagen an W-Professoren gezahlt. Sonst sind die Gehälter in den letzten Jahren *de facto* massiv zurückgegangen – vor allem für den Mittelbau.

Ziel des neuen Regimes ist die verbesserte Allokation derjenigen Güter, die man für wertvoll hält. Hier können schon Leistungszulagen von Übel sein: Wenn man pro betreuter abgeschlossener Promotion eine Zulage erhält, lohnt es sich finanziell, sehr viele Dissertationen einfach durchzuwinken. Der akademische Kapitalismus versucht also, möglichst optimal die Ziele umzusetzen, die in der Regel von den Ministerien vorgegeben werden.

Was bedeutet akademischer Kapitalismus konkret für die Germanistik?

1. Die Germanistik muss in der Lage sein zu sagen, was sie überhaupt anbietet. Der Punkt am New Public Management ist nie gewesen, dass die ›Güter‹, die dem Marktmechanismus unterworfen werden, echte Käufer finden, also Leute, die dafür Geld bezahlen. Es geht aber darum, den Controlling-Abteilungen in Hochschulen und Ministerien zu erklären, woran man die Leistungen, die die Germanistik erbringt, sehen kann.

2. Die Tendenzen in den USA und im Vereinigten Königreich gehen allerdings weiter und stürzen Grundlagenforschung generell wieder in eine Krise (wie bereits vor rund 40 Jahren). Sobald – aus Sicht der Ministerien – Universitätsbildung darauf ausgerichtet sein muss, praktische Anwendungen zu ermöglichen, erscheint Germanistik nicht förderwürdig.

Beide Unannehmlichkeiten sollte die Germanistik nicht länger ignorieren, sondern sie sollte beginnen, endlich herauszufinden, was sie denn überhaupt leistet. Dies könnte ein Prozess sein, der auf alle Beteiligten wie eine Katharsis wirkt: Wir wüssten endlich, wofür wir das machen, was wir tagedin, tagaus so treiben. Wichtiger noch: Wir könnten endlich in Berufungs- und sonstigen Einstellungsverfahren Kriterien anlegen, über die wir uns selbst einmal verständigt haben.

Dies sind die Herausforderungen, die von außen kommen. Die Hochschulen und die Geisteswissenschaften haben für viele Schwierigkeiten allerdings auch selbst einzustehen. So werden die absurden Karrierewege an Hochschulen allein von den Universitäten verantwortet: von den Hochschulleitungen und von der etablierten Professorenschaft. Zurzeit sind etwa 80 bis 88% (je nach Schätzung) der wissenschaftlich Beschäftigten in Deutschland befristet angestellt bzw. verbeamtet. Nur 5% der Promovierten haben gegenwärtig eine Chance auf eine Lebenszeitstelle an der Universität; nur rund 50% der Habilitierten finden eine Universitätsstelle. Eine derartige Überproduktion von geschultem (und andernorts unterqualifiziertem) Personal leisten sich weder gewöhnliche Behörden noch profitorientierte Unternehmen. Es ist nämlich Geldverschwendung. An dieser Stelle ist nicht einmal das New Public Management am Werk, sondern eine Phobie vor der ›unflexiblen Universität‹ und den Gespenstern untätiger akademischer Räte, die in den 1970ern und 1980ern unaussprechlich Schlimmes verbrochen haben müssen. Denn nur

mit Blick auf sie erscheint die antikapitalistische Beschäftigungspolitik der Universitäten auch nur ansatzweise rational.

Was ist aus all dem zu folgern? Vielleicht brauchen wir zuallererst mehr Kapitalismus. Und zwar den klassischen. Der klassische ist im Gegensatz zum Chicagoer ein System gewesen, das annimmt, dass man aufs Geld und aufs eigene Wohl schaut, wenn man arbeitet oder Güter erwirbt. Für die Universität bedeutet das, dass man als Bediensteter prüfen sollte, ob man gut bezahlt und behandelt wird –und ansonsten kündigen. Zahllose Lehrkräfte arbeiten, ohne Bezahlung zu erhalten, weil sie darin die Verschönerung ihres Lebenslaufs sehen. Dies ist schlimmster Neoliberalismus: Der Eintrag im persönlichen Lebenslauf wiegt mehr als das Gehalt.

Etwas mehr Kapitalismus wagen hieße auch: rationalere Investitionen in die Zukunft des sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchses. Und schließlich hieße mehr Kapitalismus: mehr Wertschätzung für die Erlaubnis, die uns das wirtschaftlich-politische System gewährt, Themen frei zu setzen und die Wahl interessanter Themen zu honorieren. Der Wissenschaft und der reichen Tradition der Germanistik wären wir es schuldig. Die wissenschaftlichen Resultate und Debatten wären dann vielleicht wieder ertragreicher und spannender.